



Pressemitteilung

Marnette Consulting GmbH
Schellerdamm 16
21079 Hamburg

Tel.: 040 - 32 50 72 48
Fax.: 040 - 32 50 72 48
Mail: wm@marnette-consulting.com

Hamburg / Scharbeutz, den 11. Februar 2015

Olaf Scholz, beenden Sie die große Koalition des Schweigens und nennen Sie die Belastungen des Bürgers aus der HSH Nordbank!

Kommentar von Werner Marnette

In Hamburg geht der Wahlkampf in die Endphase. Der Ausgang der Wahl scheint nur noch eine Formsache zu sein. Allenfalls die Frage, ob Olaf Scholz mit seiner SPD erneut die absolute Mehrheit erreichen wird, bewegt die Gemüter. Der Sieger steht fest. Vielleicht zu Recht, denn gemessen an den Erfahrungen mit der von-Beust-Ära hat Scholz in den vergangenen 4 Jahren einen klaren Kurs gehalten. Trotz großer Probleme gerieten aber Finanz- und Haushaltsthemen im Wahlkampf fast zur Nebensache. Dabei türmt sich vor der Stadt ein Schuldenhimalaya von rund 25 Mrd. Euro.

Ohne Neuverschuldung – ein mutiges Versprechen auch wegen der HSH

Klarheit über die tatsächliche Finanzsituation der Hansestadt sollte eigentlich der jährliche Geschäftsbericht für den „Konzern Hamburg“ verschaffen, der seit Ende 2014 für das Geschäftsjahr 2013 vorliegt. Transparenz leider Fehlanzeige. Eher ein verworrener „Nudeltopf“ aus Haupt- und Nebenhaushalten, komplizierten Finanz- und Beteiligungsstrukturen, bei dem die Defizite wohl letztlich durch den Haushalt der Stadt ausgeglichen werden müssen. Daran trägt der Scholz-Senat kaum Schuld, er hat das System geerbt, hat aber auch nichts Wesentliches zur Verbesserung der Transparenz getan. Fest steht: Die Hansestadt ist überschuldet und zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft selbst bei hohen Steuereinnahmen eine beträchtliche Deckungslücke. Das Versprechen, spätestens ab 2020 ohne Neuverschuldung auszukommen, erscheint deshalb sehr mutig, wenn nicht realitätsfremd, denn allein aus der ländereigenen HSH Nordbank drohen weiterhin hohe finanzielle Belastungen. Sie werden größtenteils allerdings erst nach der kommenden Legislaturperiode überprüft werden können.

HSH fand im Wahlkampf nicht statt

Das größte Finanzrisiko in diesem „Nudeltopf“ dürfte die HSH Nordbank sein. Konkrete Angaben im Geschäftsbericht der Stadt dazu fehlen aber. Allenfalls der Hinweis, dass der „HSH finanzfonds Anstalt öffentlichen Rechts“, der den überwiegenden Teil der Anteile Hamburgs und Schleswig-Holsteins an der HSH hält, allein im Jahr 2013 einen Verlust von 1,3 Milliarden Euro gemacht hat. Immerhin nannte der Erste Bürgermeister Ende 2014 vor der Bürgerschaft konkrete Zahlen zur HSH: „60 Mrd. Euro Risiken aus den früheren Geschäften und eine Gewährträgerhaftung von 21

Mrd. Euro.“ Im Klartext: Ein Mehrfaches der Haushalte Hamburgs und Schleswig-Holsteins zusammen bedroht den Haushalt beider Länder.

Nur wenige Tage vor der Wahl bekannte Olaf Scholz jetzt in einem Zeitungsinterview: „Wir haben ein paar Baustellen, die HSH Nordbank etwa, die noch heute unter den expansiven und großmannssüchtigen Plänen unserer Vorgänger leidet.“ Zu mehr Wahrheit wollte er sich leider nicht bekennen.

Denn trotz dieser Erkenntnis wird die HSH Nordbank im laufenden Bürgerschaftswahlkampf weitgehend totgeschwiegen. Im Gegensatz zu den kleineren Parteien – die FDP bietet sogar einen Lösungsvorschlag an – findet die HSH in den Wahlprogrammen von SPD und CDU nicht statt. Vergleichbar mit der Situation im Wahlkampf 2008, als die längst bestehende Schieflage der Landesbank vom damaligen CDU-Senat bewusst verheimlicht und der Börsengang erst kurz nach der Wahl abgesagt wurde. Nur wenige Monate später war die HSH praktisch zahlungsunfähig und überlebte nur durch ein 13-Milliarden-Paket der Eignerländer. Auch heute also eine große Koalition des Schweigens?

Dabei reden wir über eine auf fünf Jahre verlängerte Legislaturperiode, in der eine Lösung für die defizitäre HSH gefunden werden muss, wenn ein weiterer Crash nicht endgültig den Haushalt Hamburgs ruinieren soll. Die Zurückhaltung der CDU ist allerdings nachvollziehbar. Dafür sorgen im Hintergrund schon die ehemaligen und weiterhin einflussreichen Drahtzieher, die für das HSH-Desaster mitverantwortlich sind. Sie schaden damit der CDU. Leider konnte sich Dietrich Wersich, der ein Bürgermeister-Kandidat auf Augenhöhe war, nicht von diesen Altlasten befreien. Die Zurückhaltung der Hamburger SPD in Sachen HSH bleibt dagegen undurchsichtig. Genau so wie im April 2009, als sie einem völlig ungeeigneten Rettungspaket beider Landesregierungen für die HSH zustimmte, mit dem sie heute selbst zu kämpfen hat.

Erschreckende Belastungen aus der HSH Nordbank

Die HSH ist in der Tat eine Baustelle, wie Olaf Scholz sagte, allerdings eine Großbaustelle und eine sehr gefährliche dazu. Leider gelingt es nur mit Mühe, die tatsächliche Gefahr aufzudecken, weil die Bank, bzw. deren Aufsichtsrat und Vorstand, nichts mehr zu fürchten scheinen als Transparenz:

1. Sanierung fehlgeschlagen, da weiterhin riesige Verluste

Die HSH hat auch im Geschäftsjahr 2014 (9 Monate) einen hohen Verlust (Ergebnis v. Steuer) von 0,43 Mrd. Euro eingefahren, weist trotzdem einen Gewinn von 0,46 Mrd. Euro aus. Eine Lücke von immerhin 0,89 Mrd. Euro! Und sagt für 2014 insgesamt ein positives Ergebnis voraus. „Die Bank hat sich in den ersten neun Monaten 2014 plangemäß entwickelt. Wir halten damit Kurs auf unser Ziel und wollen das Geschäftsjahr erstmals seit 2010 mit einem Gewinn abschließen.“, lautete die dreiste Pressemitteilung des HSH-Vorstands am 12. Dezember 2014.

In der Sanierungsphase seit 2009 beträgt diese Lücke sogar 3,56 Mrd. Euro. Hier steht einem tatsächlichen Verlust in Höhe von 5,31 Mrd. Euro ein vom Bankvorstand ermittelter Verlust von 1,75 Mrd. Euro gegenüber.

Die überraschende Erklärung für diese gravierenden Widersprüche: Die HSH rechnet die Milliarden-Garantien, die Hamburg und Schleswig-Holstein der Bank gegen Gebühr gewähren, ergebnisverbessernd an (Kompensation). Keinem privaten Unternehmen und keiner Privatbank wäre dies gestattet. Durch diesen Rechenrick werden Verluste scheinbar minimiert und die tatsächliche Ertragslage und der Stand der Restrukturierung verschleiert.

Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein haben das Fehlschlagen der Sanierung und die dramatisch schlechte Ertrags- und Finanzlage der HSH längst zu spüren bekommen. Sie mussten

aufgrund einer vertraglichen Regelung (Kapitalschutzklausel) auf 0,67 Mrd. Euro Gebühren verzichten. Wie schlecht es um die Bank steht, zeigt eine Forderung des HSH-Aufsichtsratsvorsitzenden, Senator a.D. Thomas Mirow, der im Dezember 2014 eine generelle Reduzierung der Garantiegebühren verlangt hatte. Eines besseren Beweises für die Schieflage der HSH hätte es nicht bedurft.

Die Schieflage mit auszubaden haben wieder die Mitarbeiter. Weitere 500 müssen die Bank verlassen, nachdem bereits 2000 Mitarbeiter seit 2009 gehen mussten. Dabei hatte der HSH-Vorstand im Juni 2014 ein Ende des Personalabbaus gemeldet.

2. Haushaltsbelastungen bereits in Milliardenhöhe

Die Verluste der Landesbank haben längst auch tiefe Spuren in den Haushalten der Eignerländer hinterlassen. Sie werden aber verschwiegen. Stattdessen hält sich die Mär, die Ex-Senator und Ex-HSH-Aufsichtsratschef Wolfgang Peiner, CDU, verbreitet hatte (Hamburger Abendblatt 05. April 2011): „HSH-Rettung kann Hamburg Millionen bringen.(...). Er geht davon aus, dass Hamburg und Schleswig-Holstein mit der Sanierung der Bank ein gutes Geschäft machen werden.“

Die Fakten sprechen eine andere Sprache und sind erschütternd:

Insgesamt sind seit der Gründung der Bank im Jahre 2003 Kapital- und Vermögensverluste der Anteile an der HSH Nordbank in Höhe von rund 6,6 Mrd. Euro entstanden. D.h. das eingezahlte Kapital der beiden Länder in die HSH in Höhe von rund 8,4 Mrd. Euro ist fast aufgezehrt. Allein in den Jahren 2010 bis 2013 entstanden den Ländern Vermögensverluste auf ihre Beteiligungen an der HSH in Höhe von 2,9 Mrd. Euro.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass diese Kapital- und Vermögensverluste z.B. durch einen Verkauf der Bankanteile kompensiert werden können. D.h. die Hansestadt und auch Schleswig-Holstein müssen diese Verluste in ihren Haushalten verkraften. Die Kapitaleinlagen der Länder sind bis heute fast vollständig kreditfinanziert. Die laufenden Haushaltsbelastungen entstehen daher vor allem durch Zinszahlungen, die für Kredite zu leisten sind. Mittelbar ist Schleswig-Holstein besonders hart getroffen. Die Sparkassen des Landes mussten allein über 0,6 Mrd. Euro Vermögensverluste hinnehmen.

Die Gesamtbelastungen setzen sich aus den Kapital- und Vermögensverlusten, Zinsen, Dividenden der HSH aus früheren Jahren (0,35 Mrd. Euro) und Gebührenzahlungen der HSH für das Rettungspaket zusammen. Sie saldieren sich bis heute auf rund 4,0 Mrd. Euro. Davon dürften rund 2,7 Mrd. Euro allein auf Hamburg entfallen.

Kaum auszumalen, wenn zu diesen bereits eingetretenen Belastungen auch nur Teile der von Olaf Scholz genannten Risiken hinzukommen.

Offenheit gegenüber den Bürgern und den Bankmitarbeitern ist gefordert

Diese erschreckenden Zahlen belegen: Seit Jahren werden die Bürger durch die Politik und das Management der HSH für dumm verkauft. Die laufenden Haushalts-Belastungen werden verschwiegen und verschleiert, der bisher erzielte Sanierungserfolg durch den Bankvorstand schön- und die Risiken kleingeredet. Dabei hängt die Bank seit Jahren ausschließlich am Tropf der Steuerzahler. Sonst hätte sie längst geschlossen werden müssen und hätte auch den Stresstest der Europäischen Zentralbank (EZB) im Herbst 2014 niemals bestanden.

Damit nicht genug: Noch hat die EU-Kommission die Wiederaufstockung des Ländergarantierahmens um 3 Mrd. Euro nur vorläufig genehmigt. Versagt die EU ihre endgültige Zustimmung, droht der HSH die Abwicklung und den Bürgern der beiden Nordländer endgültige Milliarden Schäden.

Fazit: Noch vor dem Urnengang am kommenden Sonntag, den 15. Februar 2015, steht daher der Erste Bürgermeister Olaf Scholz in der Pflicht, die „große Koalition des Schweigens“ aufzubrechen, und die Bürger darüber zu informieren, wie er in den kommenden fünf Jahren das größte Haushaltsrisiko Hamburgs zu beherrschen gedenkt: die HSH Nordbank.

Werner Marnette (Jahrgang 1945) ist seit 2009 selbständiger Unternehmensberater mit den Arbeitsschwerpunkten Energie, Rohstoffe, Wirtschaft und Innovation in Hamburg. Von 1994 bis 2007 war er Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Affinerie AG (heute Aurubis AG). Ehrenamtlich war er in dieser Zeit u.a. als Präsidiumsmitglied des Bundesverbands der Deutschen Industrie, als Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle, als Vorsitzender des Industrieverbands Hamburg und als Vizepräsident der Handelskammer Hamburg tätig. Von 2008 bis 2009 war er Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein.